

Blickpunkte

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **73 (1993)**

Heft 12

PDF erstellt am: **17.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verteilungskämpfe

Stagnierendes oder nur langsames wirtschaftliches Wachstum stimuliert die Verteilungskämpfe. Wenn heute auf dem politischen Parkett von Verteilungskämpfen gesprochen wird, so steht allemal die *Einkommensverteilung* im Vordergrund. Das Einkommen ist zum Zentrum des Begriffs der *individuellen Wohlfahrt* geworden, weil es die massgebende Grösse darstellt, die über das Ausmass und die Zusammensetzung der Güter und Dienstleistungen befindet, die einzelne Haushalte im Rahmen der Einkommensverwendung für ihre Be-

dürfnisbefriedigung erwerben können. Die alljährlich stattfindenden Lohnrunden, die zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt werden, sind ein Reflex dieses Vorganges. Natürlich ist dies eine stark *verkürzte Sicht*, weil der Wohlfahrtsbegriff sehr viel umfassendere Eigenschaften aufweist als lediglich das zur Verfügung stehende reale Einkommen. Zu ihm gehören beispielsweise auch die *Vermögen*; es sind denn auch immer wieder Anstrengungen unternommen worden, auf die Vermögensbildung und Vermögensverteilung, etwa

Ab Januar 1994 werden die «Schweizer Monatshefte» in einer neuen graphischen Gestaltung und in einem neuen, etwas grösseren Format erscheinen. Graphische Hervorhebungen einzelner Aussagen sollen einen raschen Einblick in die Anliegen der Autoren vermitteln und ein selektives Lesen erleichtern. An der liberalen Grundhaltung und der inhaltlichen Ausrichtung auf die drei Bereiche «Politik», «Wirtschaft» und «Kultur» ändert sich hingegen nichts.

Gerne erwarten wir, dass Sie den «Schweizer Monatsheften» auch in der neuen Gestaltung die Treue halten, und wir hoffen natürlich, dass wir mit dem neuen Gesicht auch einen erweiterten interessierten Leserkreis finden werden.

Die «Schweizer Monatshefte» sind – gerade auch in der neuen Gestalt – ein schönes Weihnachtsgeschenk für Leserinnen und Leser, die in einer Zeitschrift nicht nur blättern, sondern auch lesen wollen, um neben Informationen auch Anregungen zum Nach- und Weiterdenken zu empfangen.

Mit freundlichen Grüssen
Herausgeberrat und Redaktion
Schweizer Monatshefte

mit Hilfe der Steuerpolitik, Einfluss zu nehmen. Die Auseinandersetzungen über die Höhe und die Zusammensetzung der *Sozialleistungen* sind längst nicht mehr nur von der Absicht getragen, individuelle Notfälle zu lindern; vielmehr haben sie sich ebenfalls zu einem Terrain gewandelt, auf dem unter dem Vorwand sozialpolitischer Ziele blanke Verteilungskämpfe toben. Die in sozialpolitische Wolle eingepackte Solidarität wird zur Erschleichung von Einkommensvorteilen für einzelne Gruppen missbraucht. Und schliesslich müssten zur individuellen Wohlfahrt auch *immaterielle Güter* wie individuelle Freiheit oder andere politische Rechte gezählt werden. Die Krux des Begriffs der individuellen Wohlfahrt spiegelt sich darin, dass er sich aus mannigfachen *heterogenen Gütern* zusammensetzt.

Verteilungsprobleme entstehen immer dort, wo die Frage entschieden werden muss, wie gross der Anteil von einzelnen Gruppen oder Einzelpersonen an *knapp verfügbaren Gütern* sein soll. Der *Markt* offeriert ein Verteilungsprinzip, das in Marktwirtschaften an zahlreichen Orten mehr oder weniger rein eingesetzt wird. Aber dieses Prinzip war in allen Epochen der Menschheitsgeschichte aus den verschiedensten Gründen bei der Einkommensverteilung starker Kritik ausgesetzt; es verstosse, so wird von nicht wenigen Gruppen geltend gemacht, gegen das während einer bestimmten Epoche in der Gesellschaft vorherrschende *Gerechtigkeitsempfinden*. Deshalb sind über die politischen Entscheidungsmechanismen in allen entwickelten Ländern zahlreiche Umverteilungspumpen eingerichtet worden; sie verfolgen das Ziel, die durch die Marktwirtschaft bestimmte Einkommensverteilung, die sogenannte primäre Einkommensverteilung, nach irgend-

welchen Zielen der sozialen Gerechtigkeit neu zu verteilen (sekundäre Einkommensverteilung). Entstanden sind *de facto* Umverteilungsmaschinerien, bei denen die Umverteilungswirkungen nicht mehr genau bestimmbar sind; niemand weiss mit letzter Genauigkeit, wer eigentlich die Hände in wessen Taschen hat.

Ausgangspunkt und Ursache dieses eher deplorablen Zustandes ist das schlichte Faktum, dass alle Bemühungen, auf die Frage nach der *Verteilungsgerechtigkeit* eine klare Antwort zu finden, bisher an der Unmöglichkeit gescheitert sind, den Begriff der Verteilungsgerechtigkeit zu objektivieren. Sämtliche wissenschaftlichen Ansätze, diesen Begriff mit Hilfe von «objektivierten» Normen einzufangen, sind entweder im Sande verlaufen oder haben zu Ergebnissen geführt, die in der praktischen Verteilungspolitik nichts taugen. Auch der sogenannten *Wohlfahrtsökonomie* ist es nicht gelungen, eindeutige Verhältnisse zu schaffen; sie blieb am Problem hängen, die Nutzen von Güterbündeln, an denen die Wohlfahrt zu messen ist, interpersonell vergleichbar zu machen. Aus diesem Grunde neigen heute die meisten Ökonomen dazu, die Definition der Gerechtigkeit nicht als Gegenstand ihrer Fakultät zu betrachten, sondern sie den *Philosophen* zu überlassen. Aus der Küche der Philosophen sind bisher aber ebenfalls *keine* brauchbaren Rezepte gekommen; und dies vermutlich in erster Linie deshalb, weil den Vertretern dieses Faches nie die Gnade widerfahren ist, die verschiedenen Ethikangebote in eine allgemein akzeptierte und zudem noch praktikable Theorie einzuschmelzen. Es gibt auf dem Ethikmarkt ein Angebot von verwirrender Vielfalt. Deshalb wird es vermutlich auch in Zukunft dabei bleiben,

dass die Einkommensverteilung im Hickhack *politischer Ausmachungen* entschieden wird.

Die Liberalen haben in diesem Zusammenhang stets darauf hingewiesen, dass sich auch die Verteilungspolitik am Kriterium der *Ordnungskonformität* zu messen hat. Führt sie nämlich zu einer *Beeinträchtigung* der gesamtwirtschaftlichen Leistungskraft, so entsteht ein Sozialprodukt, das *kleiner* ist, als es sein könnte, wenn sich die Politik eben am Prinzip der Leistungsneutralität orientieren würde. Die Sozialpolitik darf die Mechanismen, die für die optimale Nutzung knapper Ressourcen verantwortlich sind, nicht stören. Der Verteilungsspielraum wird sonst enger. Die Verteilungspolitik, vorab die Sozialpolitik, beisst sich unter solchen Bedingungen in den eigenen Schwanz.

Es ist gegenwärtig mit Händen zu greifen, dass auch die Schweiz an einem Punkt angekommen ist, an dem diese Frage zur *brennenden Aktualität* geworden ist; denn Einkommen im weitesten

Sinne schlagen sich in den Unternehmungen in Form von *Kosten* nieder. Länder mit einem vergleichsweise hohen Lohn- und Sozialkostenniveau, das sich nicht durch einen entsprechenden Produktivitätsvorsprung rechtfertigen lässt, sind deshalb der Gefahr ausgesetzt, dass sie sich aus dem internationalen Wettbewerb herauskatapultieren und über eine Schwächung der Einkommensbildung in die Ecke vehementen werdender Verteilungskämpfe abtreiben lassen. Es steht dann nicht nur die Frage nach der Verteilung des Zuwachses von Einkommen zur Debatte, sondern auch jene nach der Sicherheit der bestehenden Einkommensbezüge. In solchen Zeiten geht der Appell vorab an die Sozialpartner, mit Blick auf die skizzierten gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge *Mässigung* zu üben. Nur unter dieser Voraussetzung werden sie ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung gerecht. Nicht alle Arbeitnehmerorganisationen scheinen den Ernst der Stunde begriffen zu haben.

Willy Linder

Die Politiker – Sündenböcke der Nation?

Die Berufung eines Parteimanagers an die Spitze eines Bundesamtes hat Staub aufgewirbelt, an Stammtischen und in Leserbriefen wird gegen den politischen Filz vom Leder gezogen. Dabei lässt sich weder an der Eignung noch am vielfältigen Leistungsausweis des Gewählten etwas aussetzen. Sein Makel scheint zu sein, dass er nicht nur wie alle Mitglieder der Regierung und des Parlamentes und wie die meisten Chefsbeamten einer Partei angehört, sondern dass er hauptberuflich für die Geschäfts-

führung einer Partei verantwortlich war. Eine *parteipolitische Karriere* ist, wie das Beispiel *Max Friedli* einmal mehr zeigt, keine valable Referenz.

Politiker, die vom Volk gewählt werden, haben es besser. Sie finden ihren Rückhalt in den Kreisen, die sie vertreten und deren Interessen sie einbringen, und es schadet ihrer Popularität keineswegs, wenn sie etwas Distanz halten zum Apparat ihrer Partei. Der Einzelkämpfer, der dem Volk aufs Maul zu schauen versteht, kann sich in der direkten

Demokratie problemlos entfalten und in den Medien leicht profilieren – allerdings mit dem Risiko, auch einmal allein zur Zielscheibe der Kritik zu werden. Man kann als Politiker durchaus vom *Unbehagen an der Politik* leben. Dieses Geschäft hat heute Konjunktur.

Denn das *Ansehen der Politischen Klasse* ist auf einen *Tiefpunkt* gesunken. Dies gilt, wie man fast täglich lesen kann, offenbar für alle westlichen Demokratien. Wie üblich sind die Ausschläge solcher Stimmungskurven in der Schweiz weniger dramatisch, doch die Anzeichen sind auch bei uns unübersehbar. Das liegt wohl auch, aber nicht primär an persönlichem Fehlverhalten, an der Wahrnehmung von Vorteilen einer privilegierten Stellung und was sonst in der medialen Skandalchronik jeweils lustvoll ausgebreitet wird. Es liegt vielmehr an der enttäuschten Erwartung, dass unser politisches System mit der Inanspruchnahme aller demokratischen Ressourcen letztlich eine dauernde Mehrung der Wohlfahrt erzielen müsste. Die Realität zeigt ein konträres Bild. Statt Fortschritten sehen wir *wachsende Berge ungelöster Probleme*. Und wenn wir auch Pendelausschläge und Rezessionsphasen als Zeiterscheinungen akzeptieren, stellen wir fest, dass die Problemlösungsfähigkeit unserer Institutionen zweifelhaft geworden ist, dass unsere nach allen Seiten austarierte Spielanlage immer wieder zu Pattsituationen führt.

Als Verteilungsmanager haben sich die Politiker in den fetten Jahren bewähren können. Als *Krisenmanager* müssen sie nun mit veränderten, schwierigen Bedingungen fertig werden, sie müssten sparen, reformieren, deregulieren. *Warum gelingt ihnen das nicht?* Wollen sie denn nichts anderes als Pfründen verteidigen? Oder können sie nicht anders,

weil sie sonst für die unausweichlichen Konsequenzen zur Verantwortung gezogen würden und um ihre Wiederwahl bangen müssten? Wer dankt ihnen für Sparanstrengungen, wenn diese zur Streichung von Subventionen, zu höheren Kosten, zu tieferen Löhnen oder zu Personalabbau führen, die grössere Wählerkreise empfindlich treffen? Lassen sich einschneidende Massnahmen in Milliardenhöhe mit den Mechanismen der direkten Demokratie überhaupt durchsetzen?

Fragen zu stellen ist einfach. Es wäre unredlich, den Politikern zu unterstellen, sie kümmern sich nicht darum. Und es ist fragwürdig, radikale Rezepte, die in Unternehmungen erfolgreich angewendet wurden, ohne weiteres auf Gemeinwesen zu übertragen. Kein Souverän wäre bereit, einem Sanierer die dafür notwendigen Kompetenzen zu erteilen. Der politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess kann und darf nicht ausgeschaltet werden. Wenn unpopuläre Massnahmen sich als notwendig erweisen, müssen die gewählten Politiker antreten.

Die Politiker sind als Anwälte unserer vielfältigen Ansprüche bestellt worden. Angesichts der Anspruchsinflation, die Werte zerrinnen und Besitzstände erodieren lässt, kann das ungemütlich werden. Im gleichen Stil wie bisher mit weiteren Versprechen zu hausieren – und seien sie noch so wohlfeil wie weniger Steuern oder mehr Sicherheit –, heisst, den Wählern Sand in die Augen streuen. Wo sind die Politiker und die Parteien, die sich ehrlich *auf das Wesentliche beschränken*? Und wo sind die Bürgerinnen und Bürger, die solche Politiker nicht zu Sündenböcken stempeln, sondern ihren Mut honorieren, auf kurzfristige Popularität zu verzichten?

Ulrich Pfister

Jelzin und der Leviathan

«Ich übergebe mein Recht, mich selbst zu beherrschen, diesem Menschen oder dieser Gesellschaft unter der Bedingung, dass du ebenfalls dein Recht über dich ihm oder ihr abtrittst. Auf diese Weise werden alle einzelnen zu einer Person und heissen Staat oder Gemeinwesen. So entsteht der grosse Leviathan oder, wenn man lieber will, der sterbliche Gott, dem wir unter dem ewigen Gott allein Frieden und Schutz zu verdanken haben.»
(Thomas Hobbes, Leviathan, 1651)

Mit der Ankündigung, sich keiner demokratischen Bestätigung im Rahmen einer Volkswahl zu unterziehen, dafür aber die Macht der Staatsführung zeitlich durch einen verbindlichen Rücktrittstermin zu limitieren, hat Präsident Jelzin eine Entscheid von grosser grundsätzlicher Tragweite gefällt. Die Kommentare sind unterschiedlich ausgefallen. Während die einen in diesem Schritt einen klugen Schachzug eines mit allen Wassern gewaschenen Technikers der Macht sehen und die berechtigte Angst vor einem Fiasko in einer Volkswahl als Hauptmotiv darstellen, steht für die andern eine realpolitisch nüchterne Optimallösung im Vordergrund, vielleicht die einzige, die dem politischen Chaos des zerbröckelnden Imperiums angemessen Rechnung trägt. Jelzin, der raffinierte Machttechniker, der «schlaue Fuchs», der unter dem Schlagwort «Demokratie» an die Macht kam und diese schliesslich autokratisch stabilisierte, oder Jelzin, der nüchterne Realpolitiker, der den Zustand seines Landes richtig einschätzt und der im Sinne echter *leadership* ohne Rücksicht auf Popularität das Spannungsfeld innenpolitischer Anfechtung und ausserpolitischer Anerkennung im Dienste

seines Landes bestmöglich ausnützt: Dies sind die zwei Pole, zwischen denen sein Charakterbild «im Urteil der Geschichte» wohl noch lange schwanken wird.

Jelzins Aufstieg zur Macht stand ganz im Zeichen der Demokratie, und seine Anerkennung im Westen, insbesondere in den USA, ist grösstenteils auf seine demokratische Legitimation zurückzuführen. «Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft», das war die Dreieinigkeit, auf die sich alle Hoffnungen des Westens stützten, als der Ostblock sich auflöste, und der Name Jelzin war einer der Hoffnungsträger.

Nicht alle waren nach dem Fall der Berliner Mauer von diesem Hoffnungsrausch befallen, und je realistischer schon damals die Einschätzung war, desto kleiner ist heute die Ernüchterung. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass die Dreieinigkeit von Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft sich kaum je von selbst einstellt und dass sie nicht so spannungsfrei und dauerhaft ist, wie wir es gerne hätten. Insbesondere die Harmonie zwischen Marktwirtschaft und Demokratie wirft bei einem Transformationsprozess Probleme auf. Natürlich wissen wir, dass eine demokratische Staatsform, in welcher der politische Wettbewerb um die Macht stets offen bleibt und damit diese Macht entgiftet, eigentlich das politische Korrelat des ökonomischen Wettbewerbs ist, und dass die beiden Wettbewerbe am besten funktionieren, wenn man sie kombiniert. Was geschieht aber dann, wenn eine freiheitliche, auf Marktwirtschaft ausgerichtete Politik nicht – bzw. noch nicht oder nicht mehr – mehrheitsfähig ist?

Der Weg aus der «ägyptischen Knechtschaft» unter den sowjetischen «Pharaonen» ins «gelobte Land» der Freiheit führt durch eine Wüste, und er strapaziert die Geduld aller Betroffenen und Beteiligten. Es braucht wohl mehr als eine einzige Generation, um ans Ziel zu gelangen. Eigentlich ist es kein Wunder, wenn das Volk murren und seiner Führer überdrüssig wird. Können in einer solchen Situation demokratische Entscheidungen weiterhelfen? Wurden die Zehn Gebote in einer Volksabstimmung angenommen? Taugt Demokratie in Notsituationen? Man darf sich die Antwort auf solche Fragen nicht zu leicht machen und vorschnell für autoritäre Regierungsformen plädieren. Irgendein Notstand, der nach einem Retter ruft, liesse sich nämlich immer und überall finden. Die Autorität einer Person soll die Autorität selbstbestimmter und limitierter Gesetzgebung nur in wirklichen Notzeiten ersetzen. Es gehört zu den Charakteristiken guter Führer, dass sie nicht die unbeschränkte Macht, sondern die Idee des Bündnisses ins Zentrum stellen und letztlich doch die Akzeptanz «auf Gegenseitigkeit» anstreben. Die Überwindung der Anarchie und des Chaos durch den «*Leviathan*», das gebändigte Ungeheuer des Staates, ist nicht die Aufgabe eines mächtigen Despoten, sondern eine gemeinsam erteilte und sachlich begrenzte Ermächtigung.

Der eingangs zitierte *Thomas Hobbes* schrieb seinen «*Leviathan*» unter dem Eindruck der Religionskriege und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wirren vor dem Westfälischen Frieden. In seinem Buch über den Bürger findet sich das berühmte *Plautus*-Zitat, nach dem der Mensch dem Menschen als Wolf begegnet und primär einmal feindlich gesinnt ist (*homo homini*

lupus). Ob das durchaus solidarische und hierarchisch geordnete Verhalten in einem Wolfsrudel damit zutreffend erfasst sei, wird heute zu Recht bezweifelt, und der Satz ist letztlich eine Beleidigung für die Wölfe... Für die Beschreibung einer Ausgangssituation, eines historischen *worst case*, wie wir ihn beim Zusammenbruch eines Systems antreffen, ist er aber durchaus geeigneter als beispielsweise *Rousseaus* pädagogischer Optimismus und seine Idealvorstellung von einer in unverdorbenem Zustand ursprünglich guten Natur gleicher und frei geborener Menschen mit einem angeborenen Talent zur Gemeinschaft.

Chaotische, von wechselseitigem Misstrauen geprägte gesellschaftliche und wirtschaftliche Zustände sind sowohl für eine Demokratie als auch für eine Marktwirtschaft denkbar ungünstige Voraussetzungen. Es ist wohl kein Zufall, dass die auf Frieden und Rechtsschutz aufbauende pessimistische Staatstheorie von *Thomas Hobbes* zeitlich vor der auf Vertrag, Eigentum und Freiheit aufbauenden Theorie eines *John Locke* entwickelt worden ist. Bei *Locke* finden wir auch die für den Liberalismus und für die Marktwirtschaft entscheidende Funktion des Lernens. Der demokratische Idealist und Utopist *Jean-Jacques Rousseau* gehört dem optimistischen 18. Jahrhundert an. Er traute allerdings selber seinem Optimismus nicht und bezeichnete die von ihm postulierte Spielart der radikalen direkten Demokratie als eine «*Staatsform für Götter*».

Boris Jelzin kennt die Politik nicht aus der Optik staatsphilosophischer Theorien. Er weiss aber, dass die Menschen keine Götter und nicht einmal Engel sind. Wenn er sich heute – wohl instinktiv – eher auf *Hobbes* als auf *Rousseau*

abstützt, so ist er in der Wüste des russischen Chaos dem richtigen Wegweiser gefolgt. Da er die Zeit seiner demokratisch fragwürdig legitimierten Regierung selber limitiert hat, bleibt die Hoffnung, dass allenfalls seine Nachfolger auch John Lockes Wegweiser zum

«gelobten Land» des liberalen Rechtsstaats beachten werden. Aber vielleicht ist diese Hoffnung schon allzusehr vom historisch kaum begründeten utopischen Optimismus eines Rousseau inspiriert.

Robert Nef

ELCO

ELCO PAPIER AG

**EIN ANZUG
NACH MASS IST
ETWAS GANZ
BESONDERES.**



**ELCO
PRODUZIERT
AUCH BESONDERE
KUVERTS
FÜR BESONDERE
BEDÜRFNISSE
NACH MASS.**

Baslerstrasse 276 4123 Allschwil
Tel. 061 485 64 64 Fax 061 485 63 90
